

Disput um Mietspiegel

Verwaltung widerspricht dem Mieterbund

Regensburg (rs/rw). „Lediglich 47 Prozent der Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern verfügen über einen qualifizierten Mietspiegel. Lieber kein Mietspiegel, als ein Mietspiegel, der als Instrument der Förderung des Mietenanstiegs dient“ – mit diesen Worten hat Kurt Schindler, Vorsitzender vom Mieterbund Regensburg, seine Ablehnung der 2018er-Auflage des Mietspiegels erneuert. Gleichwohl empfahl die Stadtverwaltung in der Sitzung des Planungsausschusses am gestrigen Dienstag (nach Redaktionsschluss) die Zustimmung zu dem Papier.

Der Mieterbund hatte unter anderem kritisiert, dass der Mietspiegel in der vorliegenden Entwurfsfassung die tatsächlichen Preisverhältnisse auf dem Regensburger Wohnungsmarkt

nicht korrekt widerspiegeln und extrem preistreibend wirke. Vor allem der pauschale Zuschlag für die Wohnlage „Innenstadt“ war Schindler ein Dorn im Auge.

Liegt eine Wohnung in der Innenstadt, ist sie um acht Prozent teurer – beträgt die Entfernung zwischen Wohnung und Neupfarrplatz weniger als einen Kilometer, steigt die Miete sogar um weitere 14 auf 22 Prozent. „Ein solcher Zuschlag ist grundsätzlich abzulehnen, da es für ihn keine nachvollziehbaren Gründe gibt“, so Schindler.

Die Stadtverwaltung hält dagegen, dass diese Besonderheiten auf Basis der real existierenden Mieten des Jahres 2017 ermittelt wurden. Es liege also keine Überbewertung, sondern ein tatsächlich festgestellter Sachverhalt vor.